

Datenschutzrecht

Kışisel Verilerin Korunması Hukuku

Murat Volkan Dülger, Gülçin Gümüş

4. Aufl., Seçkin Verlag, Ankara, Februar 2026, 752 Seiten, ISBN 9786253817138

■ Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur vierten Auflage	6
Vorwort zur dritten Auflage	7
Vorwort zur zweiten Auflage	9
Vorwort zur ersten Auflage	11
Abkürzungen	31

ERSTES KAPITEL

DER BEGRIFF DER PERSONENBEZOGENEN DATEN UND DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN ALS RECHT

§ 1. DER BEGRIFF DER PERSONENBEZOGENEN DATEN	33
I. DEFINITION DER PERSONENBEZOGENEN DATEN	33
II. REICHWEITE UND MERKMALE DER PERSONENBEZOGENEN DATEN	37
A. Allgemeines	37
B. Merkmale der personenbezogenen Daten	38
1. Vorliegen von Daten	38
2. Identifizierung oder Identifizierbarkeit der Person durch die Daten	43
a. Unmittelbar identifizierende Merkmale	44
b. Mittelbar identifizierende Merkmale	44
c. Grenzen der Identifizierbarkeit	49
d. Einordnung anonymisierter Daten	50
e. Einordnung pseudonymisierter (mit Decknamen versehener / maskierter / geschwärzter) Daten	51
f. Einordnung verschlüsselter oder teilweise geschwärzter Daten	53
3. Personenbezug der Daten	53
4. Zuordnung zu einer natürlichen Person	56
C. Daten, deren Einordnung als personenbezogene Daten zweifelhaft ist	60
1. Allgemeines	60
2. Einordnung nicht klassifizierter physischer Daten	61
III. BESONDERE KATEGORIEN PERSONENBEZOGENER DATEN (SENSIBLE DATEN)	62
§ 2. DIE ENTSTEHUNG DES RECHTS AUF SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN	64
I. ALLGEMEINES	64
II. PERSONENBEZOGENE DATEN UND ÜBERWACHUNGSGESELLSCHAFT	65
A. Überwachung in der modernen Gesellschaft	66
1. Das Überwachungsverständnis von Karl Marx, Max Weber und George Orwell	69
2. Das Überwachungsverständnis von Michel Foucault	72
B. Die infolge der technologischen Entwicklung entstandene elektronische Überwachung	74
III. CHARAKTER DES RECHTS AUF SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN	74
A. Allgemeines	74

B.	Rechtsnatur des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten	75
1.	Die Auffassung, es handele sich um ein wirtschaftliches Recht	76
a.	Die Auffassung, es handele sich um ein Eigentumsrecht	76
b.	Die Auffassung, es handele sich um ein Recht des geistigen Eigentums	78
2.	Die Auffassung, es handele sich um ein Menschenrecht	78
C.	Die Diskussion, ob es sich um ein eigenständiges Recht handelt	79
1.	Die Auffassung, die es dem Recht auf Schutz des Privatlebens zuordnet	79
2.	Die Auffassung, es handele sich um ein eigenständiges Recht	80
3.	Eigene Auffassung	81
§ 3.	DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IN DEN GRUNDLEGENDEN DOKUMENTEN	85
I.	DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IN INTERNATIONALEN REGELUNGEN	85
A.	OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)	85
B.	Vereinte Nationen (United Nations)	87
1.	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Universal Declaration Of Human Rights)	87
2.	Internationaler Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte (International Covenant on Civil and Political Rights– ICCPR)	87
3.	Richtlinien betreffend personenbezogene Daten in automatisierten Dateien (UN Guidelines for the Regulation of Computerized Personal Data Files)	89
C.	Europarat (Council Of Europe)	89
1.	Übereinkommen Nr. 108 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (Convention No. 108 for the Protection of Individuals with regard to Automatic Processing of Personal Data)	90
2.	Zusatzprotokoll zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Kontrollstellen und grenzüberschreitendem Datenverkehr (Protocol on Transborder Data Flows)	92
3.	Europäische Menschenrechtskonvention (European Convention on Human Rights)	93
D.	Europäische Union (The European Union)	94
1.	Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Data Protection Directive)	95
2.	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Charter of Fundamental Rights of the European Union)	99
3.	Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (ePrivacy Directive)	100
4.	Richtlinie 2016/680 über den Schutz personenbezogener Daten im Bereich der Polizei und der Strafjustiz (Law Enforcement Directive –LED)	100
5.	Datenschutzverordnung 2018/1725 für die Organe der Europäischen Union (Regulation – EU – 2018/1725)	102
6.	Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union 2016/679 (General Data Protection Regulation – GDPR)	102
II.	DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IN NATIONALEN REGELUNGEN	110
A.	Verfassung von 1982	110
B.	Gesetz über den Schutz personenbezogener Daten	112
C.	Türkisches Strafgesetzbuch	113
§ 4.	DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN ALS MENSCHENRECHT	113
I.	DER BEGRIFF DES MENSCHENRECHTS	113
II.	DIE STELLUNG DES RECHTS AUF SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN INNERHALB DER MENSCHENRECHTE	116

III.	DAS RECHT AUF SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IN DEN ENTSCHEIDUNGEN DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS FÜR MENSCHENRECHTE	118
A.	Reichweite des Begriffs des Privatlebens in Art. 8 der Konvention	119
B.	Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage für Eingriffe in das Recht auf Schutz personenbezogener Daten	130
C.	Rechtswidrige Speicherung, Verwendung und Offenlegung personenbezogener Daten	134
D.	Erfordernis der Beschränkung von Eingriffen in das Recht auf Schutz personenbezogener Daten auf ein legitimes Ziel	135
IV.	DAS RECHT AUF SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IN DEN ENTSCHEIDUNGEN DES VERFASSUNGSGERICHTS	139
A.	Reichweite des Begriffs des Privatlebens in Art. 20 der Verfassung	139
B.	Das durch Art. 20 Abs. 3 der Verfassung geschützte Recht auf Schutz personenbezogener Daten und seine Reichweite	142
C.	Erfordernis der gesetzlichen Regelung des Rechts auf Schutz personenbezogener Daten	144
V.	WÜRDIGUNG UND EIGENE AUFFASSUNG	146

ZWEITES KAPITEL

ANWENDUNGSBEREICH UND INHALT DES GESETZES, GRUNDBEGRIFFE UND GRUNDSÄTZE

§ 5.	DIE NOTWENDIGKEIT DES SCHUTZES PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH EIN GRUNDLEGENDES REGELWERK, ENTWICKLUNG UND ENTSTEHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN	151
I.	DIE NOTWENDIGKEIT DES SCHUTZES PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH RECHTSVORSCHRIFTEN	151
II.	ENTWICKLUNG UND ENTSTEHUNG DER RECHTSVORSCHRIFTEN	161
§ 6.	DAS VOM GESETZ VORGESEHENE DATENSCHUTZSYSTEM	164
I.	ALLGEMEINES	164
II.	ANWENDUNGSBEREICH UND SYSTEMATIK DES GESETZES ÜBER DEN SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN (KVKK)	167
A.	Zweck	167
B.	Anwendungsbereich	169
1.	Vom Gesetz erfasste Fälle	169
a.	Natürliche Personen, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden	169
b.	Natürliche und juristische Personen, die personenbezogene Daten verarbeiten	170
c.	Ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten sowie nichtautomatisierte Verarbeitung, sofern sie Teil eines Dateisystems ist	170
2.	Vom Anwendungsbereich ausgenommene Fälle	172
a.	Vollständig vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommene Fälle	172
i.	Verarbeitung personenbezogener Daten durch natürliche Personen im Rahmen von Tätigkeiten, die ausschließlich sie selbst oder ihre in derselben Wohnung lebenden Familienangehörigen betreffen, sofern die Daten nicht an Dritte weitergegeben und die Pflichten zur Datensicherheit eingehalten werden	172
ii.	Verarbeitung personenbezogener Daten zu Zwecken wie Forschung, Planung und Statistik, indem sie im Rahmen der amtlichen Statistik anonymisiert werden	174
iii.	Verarbeitung personenbezogener Daten zu künstlerischen, historischen, literarischen oder wissenschaftlichen Zwecken oder im Rahmen der Meinungsfreiheit	175
iv.	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen präventiver, schützender und nachrichtendienstlicher Tätigkeiten, die von gesetzlich hierzu beauftragten und ermächtigten öffentlichen Einrichtungen und Stellen zur Gewährleistung der Landesverteidigung, der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der wirtschaftlichen Sicherheit ausgeübt werden	177

v.	Verarbeitung personenbezogener Daten durch Justizbehörden oder Vollstreckungsbehörden im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren, dem gerichtlichen Verfahren, der Rechtsprechung oder der Vollstreckung	179
b.	Teilweise vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommene Fälle	181
i.	Allgemeines	181
ii.	Erforderlichkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verhütung von Straftaten oder für strafrechtliche Ermittlungen	182
iii.	Verarbeitung von der betroffenen Person selbst öffentlich gemachter personenbezogener Daten	183
iv.	Erforderlichkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten für die Wahrnehmung von Aufsichts- oder Regulierungsaufgaben sowie für disziplinarrechtliche Ermittlungen oder Verfahren durch die aufgrund gesetzlicher Ermächtigung zuständigen und befugten öffentlichen Einrichtungen und Stellen sowie durch Berufsorganisationen mit dem Charakter einer öffentlichen Einrichtung	184
v.	Erforderlichkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten zum Schutz der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen des Staates in Haushalts-, Steuer- und Finanzangelegenheiten	184
c.	Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten im KVKK	184
III.	DER IM KVKK VORGESEHENE KONTROLLMECHANISMUS	186
IV.	DIE DATENSCHUTZBEHÖRDE, IHR ORGANISATORISCHER AUFBAU UND IHRE AUFGABEN	189
A.	Allgemeines	189
B.	Der Datenschutzausschuss (Kurul) und seine Aufgaben	190
C.	Organisation des Präsidiums	192
V.	EINSCHLÄGIGE VERORDNUNGEN	192
VI.	ENTSCHEIDUNGEN DES DATENSCHUTZAUSSCHUSSES	193
§ 7.	GRUNDBEGRIFFE DES SCHUTZES PERSONENBEZOGENER DATEN	195
I.	ALLGEMEINES	195
II.	GRUNDBEGRIFFE	195
A.	Verarbeitung personenbezogener Daten	195
B.	Dateisystem	197
C.	Betroffene Person	200
D.	Verantwortlicher	201
E.	Gemeinsam Verantwortliche	210
1.	Begriff	210
2.	Die Stellung der gemeinsam Verantwortlichen im KVKK und in der DSGVO	211
3.	Das Urteil des EuGH vom 5. Juni 2018 in der Rechtssache Wirtschaftsakademie und Facebook Ireland	216
4.	Das Urteil des EuGH vom 10. Juli 2018 in der Rechtssache Zeugen Jehovas	219
5.	Das Urteil des EuGH vom 29. Juli 2019 in der Rechtssache Fashion ID und Facebook Ireland	222
F.	Auftragsverarbeiter	224
1.	Allgemeines	224
2.	Der Auftragsverarbeiter in der DSGVO	230
a.	Pflichten des Auftragsverarbeiters	230
b.	Der zwischen Auftragsverarbeiter und Verantwortlichem zu schließende Vertrag	232
G.	Ausdrückliche Einwilligung	234
H.	Übermittlung personenbezogener Daten	238
I.	Register der Verantwortlichen	239
i.	Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten	240
J.	Löschung, Vernichtung oder Anonymisierung personenbezogener Daten	243

§ 8. GRUNDSÄTZE DES DATENSCHUTZRECHTS	245
I. ALLGEMEINES	245
II. GRUNDSÄTZE FÜR DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN	246
A. Vereinbarkeit mit Billigkeit und Treu und Glauben	247
1. Rechtmäßigkeit und Treu und Glauben nach dem KVKK	247
2. Rechtmäßigkeit, Fairness und Transparenz nach der DSGVO	255
B. Verarbeitung für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke	258
1. Erhebung der Daten für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke	259
a. Festgelegter und eindeutiger Zweck	259
b. Legitimer Zweck	262
2. Verarbeitung der Daten im Einklang mit den festgelegten Erhebungszwecken	265
C. Bezug der Daten zum Verarbeitungszweck, Beschränkung auf diesen Zweck und Verhältnismäßigkeit	268
1. Personenbezogene Daten und Verarbeitungszweck müssen in Zusammenhang stehen	270
2. Zweckbindung (Purpose Limitation)	270
3. Die Datenmenge muss auf das für den vom Verantwortlichen festgelegten Zweck erforderliche Maß beschränkt/verhältnismäßig sein	271
a. Bedeutung und Verständnis des Grundsatzes	271
b. Weitere Gesichtspunkte, die für die Einhaltung des Grundsatzes zu beachten sind	280
D. Richtigkeit und erforderlichenfalls Aktualität	281
1. Allgemeines	281
2. Umgang mit unrichtig verarbeiteten Daten	285
3. Zeitpunkt, zu dem die Daten auf dem neuesten Stand zu halten sind	286
4. Verantwortung des Verantwortlichen und der betroffenen Person für die Erlangung aktueller Angaben	286
E. Aufbewahrung der Daten für die für den Zweck erforderliche Dauer	290
1. Allgemeines	290
2. Fälle, in denen personenbezogene Daten für den verfolgten Zweck nicht mehr erforderlich oder zwecklos geworden sind	291
3. Die vom Verantwortlichen für den Verarbeitungszweck festgelegte Dauer	292
4. Wahl einer der Methoden Löschung, Vernichtung oder Anonymisierung zur Beseitigung personenbezogener Daten, die für den verfolgten Zweck nicht mehr erforderlich oder zwecklos geworden sind	293
F. Integrität und Vertraulichkeit	295
G. Rechenschaftspflicht	296
H. Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen	298

DRITTES KAPITEL

REGELN DER DATENVERARBEITUNG IM RECHT ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN

§ 9. VORAUSSETZUNGEN DER VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN	301
I. ALLGEMEINES	301
II. VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN	302
A. Voraussetzungen der Verarbeitung personenbezogener Daten, die nicht zu den besonderen Kategorien gehören	304
1. Ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Person	306
a. Voraussetzungen der ausdrücklichen Einwilligung	307
i. Bezug auf einen bestimmten Gegenstand	307
ii. Beruhen auf Information	309

iii.	Erklärung aus freiem Willen	311
b.	Zusätzliche Anforderungen an die Einwilligung in der DSGVO	313
c.	Das Problem der Einwilligung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten von Kindern	315
i.	Allgemeines	315
ii.	Einwilligung des Trägers der elterlichen Verantwortung	316
iii.	Erfordernis, dass die Einwilligung auf Information beruht	317
iv.	Der Ansatz der Datenschutzbehörde	317
d.	Umstrittene Punkte zur ausdrücklichen Einwilligung	318
i.	Vergleich der ausdrücklichen Einwilligung mit den gesetzlichen Voraussetzungen der Verarbeitung personenbezogener Daten	318
ii.	Einholung der ausdrücklichen Einwilligung trotz Vorliegens der im Gesetz genannten Verarbeitungsvoraussetzungen	318
iii.	Zur Frage, ob die ausdrückliche Einwilligung an eine Bedingung geknüpft werden kann	320
iv.	Gewährung zusätzlicher Vorteile als Gegenleistung für die Einwilligung bei der Einholung der ausdrücklichen Einwilligung	323
v.	Form der Einholung der ausdrücklichen Einwilligung	326
vi.	Zur Frage, ob die ausdrückliche Einwilligung widerrufen werden kann	328
vii.	Gültigkeit der vor Inkrafttreten des KVKK mit rechtmäßiger Einwilligung erhobenen Daten	329
2.	Ausdrückliche Anordnung in den Gesetzen	332
3.	Erforderlichkeit zum Schutz des Lebens oder der körperlichen Unversehrtheit der Person selbst oder eines anderen, wenn die Person aufgrund tatsächlicher Unmöglichkeit außerstande ist, ihre Einwilligung zu erklären, oder ihrer Einwilligung keine rechtliche Wirksamkeit zukommt	335
4.	Erforderlichkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten der Vertragsparteien, sofern sie mit dem Abschluss oder der Erfüllung eines Vertrags unmittelbar zusammenhängt	337
5.	Erforderlichkeit zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Verantwortlichen	343
6.	Öffentlichmachung durch die betroffene Person selbst	346
7.	Erforderlichkeit der Datenverarbeitung für die Begründung, die Ausübung oder den Schutz eines Rechts	355
8.	Erforderlichkeit der Datenverarbeitung für die berechtigten Interessen des Verantwortlichen, sofern die Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person nicht beeinträchtigt werden	357
B.	Voraussetzungen der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	362
1.	Allgemeines	362
2.	Einige Streitfragen zur Reichweite der besonderen Kategorien personenbezogener Daten	363
2.	Ausdrückliche Einwilligung	369
3.	Ausdrückliche Anordnung in den Gesetzen	370
4.	Erforderlichkeit zum Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit der Person selbst oder eines anderen, wenn die Person aufgrund tatsächlicher Unmöglichkeit außerstande ist, ihre Einwilligung zu erklären, oder ihrer Einwilligung keine rechtliche Wirksamkeit zukommt	371
5.	Übereinstimmung mit dem Öffentlichmachungswillen der betroffenen Person bei den von ihr öffentlich gemachten personenbezogenen Daten	371
6.	Erforderlichkeit für die Begründung, die Ausübung oder den Schutz eines Rechts	373

7.	Erforderlichkeit zum Schutz der öffentlichen Gesundheit, für die Präventivmedizin, die medizinische Diagnostik, die Erbringung von Behandlungs- und Pflegeleistungen sowie für die Planung, Verwaltung und Finanzierung von Gesundheitsleistungen durch Personen, die einer Geheimhaltungspflicht unterliegen, oder durch befugte Einrichtungen und Stellen	373
8.	Erforderlichkeit zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsschutz, soziale Sicherheit, soziale Dienste und Sozialhilfe	374
9.	Verarbeitung durch Stiftungen, Vereine und sonstige Organisationen oder Zusammenschlüsse ohne Gewinnerzielungsabsicht, die zu politischen, weltanschaulichen, religiösen oder gewerkschaftlichen Zwecken gegründet wurden, in Bezug auf ihre gegenwärtigen oder ehemaligen Mitglieder und Angehörigen oder auf Personen, die mit diesen Organisationen und Zusammenschlüssen regelmäßig in Kontakt stehen, sofern die Verarbeitung den für sie geltenden Rechtsvorschriften und ihren Zwecken entspricht, auf ihre Tätigkeitsbereiche beschränkt ist und die Daten nicht gegenüber Dritten offengelegt werden	375
III.	ÜBERMITTLUNG PERSONENBEZOGENER DATEN	376
A.	Übermittlung personenbezogener Daten im Inland	376
B.	Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland	382
1.	Allgemeines	382
2.	Fälle, die als Übermittlung ins Ausland gelten	383
a.	Übermittlung personenbezogener Daten in einen ausländischen Staat	384
b.	Einordnung von Cloud-Diensten	384
c.	Übermittlung an ein Unternehmen, dessen Server sich im Ausland befinden	386
3.	Voraussetzungen der Übermittlung ins Ausland	386
a.	Datenübermittlung ins Ausland bei Vorliegen eines Angemessenheitsbeschlusses	388
b.	Datenübermittlung ins Ausland bei Fehlen eines Angemessenheitsbeschlusses	391
i.	Vorliegen einer Vereinbarung, die kein völkerrechtlicher Vertrag ist	392
ii.	Unterzeichnung eines Standardvertrags	394
iii.	Verbindliche interne Datenschutzvorschriften	397
iv.	Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung	398
c.	Ausnahmsweise Datenübermittlung ins Ausland in Fällen, in denen weder ein Angemessenheitsbeschluss vorliegt noch geeignete Garantien geboten werden können	398
4.	Die von den Verantwortlichen bei der Datenübermittlung ins Ausland der Reihe nach vorzunehmenden Schritte	400
§ 10.	RECHTE DER BETROFFENEN PERSON	402
I.	ALLGEMEINES	402
II.	RECHTE DER BETROFFENEN PERSON	403
A.	Transparente Information der betroffenen Person über die Ausübung ihrer Rechte	403
B.	Auskunftsrecht der betroffenen Person	407
1.	Wesen und Zweck des Rechts	407
2.	Umfang	409
C.	Datenübertragbarkeit	415
D.	Recht auf Berichtigung	418
E.	Widerspruchsrecht	419
F.	Recht auf Löschung/Recht auf Vergessenwerden	422
1.	Entstehungsgeschichte des Rechts	424
2.	Umfang	433
a.	Wegfall der Notwendigkeit der personenbezogenen Daten für die Zwecke ihrer Erhebung oder Verarbeitung	435

b.	Widerspruch der betroffenen Person gegen die Verarbeitung und Fehlen eines vorrangigen berechtigten Grundes für die Verarbeitung	436
c.	Unrechtmäßige Verarbeitung der personenbezogenen Daten	437
d.	Erforderlichkeit der Löschung der personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der der Verantwortliche unterliegt	437
e.	Vorliegen personenbezogener Daten, die im Zusammenhang mit der Vorschrift über Online-Dienste für Kinder erhoben wurden	439
G.	Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	440
H.	Recht, die Mitteilung der Vorgänge an Dritte zu verlangen	441
I.	Recht auf Beschränkung automatisierter Entscheidungen	442
i.	Recht, den Ersatz des Schadens zu verlangen	445
III.	BEI DER ERFÜLLUNG DER RECHTE DER BETROFFENEN PERSON ZU BEACHTENDE GESICHTSPUNKTE	445
A.	Zum Verfahren der Rechtsausübung	445
B.	Zu den Fristen	449
C.	Entgelt	453
D.	Vergewisserung über die Identität der Antragsteller	455
E.	Art und Weise der Beantwortung	456
IV.	AUSNAHMEN	459
§ 11.	PFLICHTEN DES VERANTWORTLICHEN UND DES AUFTRAGSVERARBEITERS	460
I.	PFLICHTEN DES VERANTWORTLICHEN	460
A.	Informationspflicht	460
1.	Allgemeines	460
2.	Verfahren und Grundsätze der Erfüllung der Informationspflicht	461
a.	Umfang der Informationspflicht	461
b.	Verfahren und Grundsätze der Informationspflicht	462
c.	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	471
B.	Pflicht, der betroffenen Person die Ausübung ihrer Rechte zu ermöglichen	472
C.	Pflichten in Bezug auf die Datensicherheit	472
1.	Allgemeines	472
2.	Entscheidungen des Datenschutzausschusses (Kurul) zur Datensicherheit	477
a.	Angemessene Maßnahmen, die bei besonderen Kategorien personenbezogener Daten zu treffen sind	477
i.	Maßnahmen zu Richtlinie und Verfahren für Schutz, Aufbewahrung und Verarbeitung personenbezogener Daten	477
ii.	Maßnahmen in Bezug auf die Beschäftigten in den Prozessen der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	478
iii.	Elektronische Umgebungen, in denen besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet, aufbewahrt und/oder abgerufen werden	479
iv.	Physische Umgebungen, in denen besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet, aufbewahrt und/oder abgerufen werden	481
v.	Übermittlung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	482
vi.	Erfordernis, neben den genannten Maßnahmen auch die technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus zu berücksichtigen, die in dem auf der Website des Datenschutzausschusses veröffentlichten Leitfaden zur Sicherheit personenbezogener Daten genannt sind	483
vii.	Weitere Maßnahmen, die der Verantwortliche über das Mindestmaß hinaus im Hinblick auf den Verarbeitungszweck zu treffen hat	483
b.	Meldung einer Datenschutzverletzung	486

i.	Gesetzliche Regelung und Bedeutung des Themas	486
ii.	Wer hat die Datenschutzverletzung zu melden?	488
iii.	Frist für die Meldung einer Datenschutzverletzung	488
iv.	Bei der Meldung einer Datenschutzverletzung zu beachtende Punkte	490
v.	Unterlassene oder nicht ordnungsgemäße Meldung der Verletzung	492
c.	Unterlassen der erforderlichen organisatorischen und technischen Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus für die Sicherheit personenbezogener Daten	494
D.	Pflicht zur Eintragung in das Register der Verantwortlichen	500
1.	Allgemeines	500
2.	Ausnahmen von der Eintragungspflicht	501
a.	Durch Verordnung festgelegte Ausnahmen	501
b.	Durch Entscheidungen des Datenschutzausschusses festgelegte Ausnahmen	502
E.	Löschung, Vernichtung oder Anonymisierung personenbezogener Daten	504
1.	Allgemeines	504
2.	Methoden und Maßnahmen der Datenbeseitigung	505
a.	Richtlinie zur Aufbewahrung und Beseitigung personenbezogener Daten	505
b.	Dokumentation der Löschung, Vernichtung und Anonymisierung sowie Aufbewahrung dieser Aufzeichnungen	506
c.	Methoden der Löschung, Vernichtung und Anonymisierung	507
d.	Vorgänge bei der Löschung, Vernichtung und Anonymisierung	508
e.	Ausschluss von der Nutzung bei Daten, die aus technischen Gründen nicht beseitigt werden können	513
f.	Fristen für die Löschung, Vernichtung und Anonymisierung von Amts wegen	515
g.	Fristen für die Löschung und Vernichtung auf Antrag	515
3.	Die Beseitigung personenbezogener Daten in ihren Grundzügen	516
II.	PFLICHTEN DES AUFTRAGSVERARBEITERS	519
A.	Die Eigenschaft als Auftragsverarbeiter	520
B.	Pflichten des Auftragsverarbeiters	522
C.	Grundsätze, die im Verhältnis zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter zu beachten sind	524
1.	Zur Auswahl des Auftragsverarbeiters	524
2.	Zum Fortbestand der vom ausgewählten Auftragsverarbeiter gebotenen Garantien	524
3.	Grundsatz des schriftlichen Vertrags	525

VIERTES KAPITEL

EINIGE BESONDERE THEMEN BEI DER VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

§ 12.	VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN IM VERHÄLTNIS ZWISCHEN ARBEITNEHMER UND ARBEITGEBER	527
I.	VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN IM EINSTELLUNGSVERFAHREN	527
A.	Angaben und Unterlagen, die im Einstellungsverfahren verlangt werden können	528
B.	Weitergabe der im Einstellungsverfahren erlangten personenbezogenen Daten	529
C.	Fortgesetzte Verarbeitung der Daten nach erfolgloser Bewerbung	530
II.	VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH ELEKTRONISCHE ÜBERWACHUNG NACH BEGRÜNDUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSES	532
A.	Der Begriff der elektronischen Überwachung und die am Arbeitsplatz eingesetzten elektronischen Überwachungsmaßnahmen	532
1.	Allgemeines	532

2.	Gründe für den Einsatz elektronischer Überwachungsmaßnahmen durch Arbeitgeber	534
B.	Verarbeitung personenbezogener Daten durch elektronische Überwachung	537
1.	Die Überwachungsbefugnis des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer	537
a.	Die Überwachungsbefugnis im Allgemeinen und ihre Grenzen	537
b.	Überwachung der Dienstcomputer, der E-Mails und der WhatsApp-Korrespondenz der Beschäftigten	543
i.	Zur Frage, ob der Arbeitnehmer die Kommunikationsmittel zu privaten Zwecken nutzen darf	543
i.	Überwachung der Dienstcomputer	547
ii.	Überwachung der E-Mail-Nutzung der Beschäftigten	548
iii.	Überwachung der WhatsApp-Korrespondenz der Beschäftigten	552
c.	Überwachung des Betretens und Verlassens des Arbeitsplatzes durch die Beschäftigten	554
d.	Überwachung der Beschäftigten durch Sicherheitskameras	555
2.	Zur Frage, ob die vom Arbeitgeber durch elektronische Überwachung erlangten Daten einen gültigen Kündigungsgrund darstellen können	558
C.	Zusammenfassung des Themas in Grundzügen und eigene Würdigung	561
III.	SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN NACH BEENDIGUNG DES ARBEITSVERHÄLTNISSSES	565
A.	Im Verfahren über die Klage auf Wiedereinstellung vorgelegte Unterlagen	565
B.	Fortgesetzte Verarbeitung der Daten ehemaliger Beschäftigter	568
§ 13.	VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN IN MARKETINGPROZESSEN	570
I.	VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN IN MARKETINGPROZESSEN IM LICHT DER ENTSCHEIDUNGEN DES DATENSCHUTZAUSSCHUSSES	570
II.	ZUSAMMENFASSUNG DES THEMAS IN GRUNDZÜGEN	577
§ 14.	TECHNOLOGIEN DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ UND DATENSCHUTZRECHT	579
I.	BEGRIFFE ZUM THEMA	579
II.	KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN	582
III.	DATENVERARBEITUNG DURCH KÜNSTLICHE INTELLIGENZ NACH DEM RECHT ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN	583
IV.	DURCH KÜNSTLICHE INTELLIGENZ ERZEUGTE AUDIO-, BILD- ODER TEXTNACHRICHTEN	588
§ 15.	VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN IM ANWALTSBERUF: STREITPUNKTE IM LICHT DER ENTSCHEIDUNGEN DES DATENSCHUTZAUSSCHUSSES	591
I.	ALLGEMEINES	591
II.	VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN BEI DER AUSÜBUNG DES ANWALTSBERUFS	591
A.	Die Streitfrage, ob Rechtsanwälte Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter sind	591
B.	Fällt die anwaltliche Tätigkeit unter die Ausnahme des Art. 28 Abs. 1 Buchst. d des Gesetzes über den Schutz personenbezogener Daten (KVKK)?	594
C.	Informations- und Verschwiegenheitspflicht	596
D.	Personenbezogene Daten in den von Rechtsanwälten zur Akte eingereichten Schriftsätzen	597
E.	Übersendung von Pfändungsanzeigen an Angehörige des Schuldners	598

FÜNFTES KAPITEL

DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IM TÜRKISCHEN STRAF- UND ORDNUNGSWIDRIGKEITENRECHT

§ 16.	DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH STRAF- UND ORDNUNGSWIDRIGKEITENNORMEN	601
I.	ALLGEMEINES	601
II.	DIE NOTWENDIGKEIT DES SCHUTZES PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH STRAF- UND ORDNUNGSWIDRIGKEITENNORMEN	601
III.	DER SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IM TÜRKISCHEN STRAFGESETZBUCH (TCK) UND IM KVKK	603

§ 17. STRAFTATEN ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN IM TÜRKISCHEN STRAFGESETZBUCH	604
I. DIE STRAFTAT DER AUFZEICHNUNG PERSONENBEZOGENER DATEN (ART. 135)	604
A. Allgemeines	604
B. Das durch die Straftat geschützte Rechtsgut	605
C. Tatbestandsmäßigkeit	609
1. Äußere (objektive) Merkmale des Tatbestands	609
a. Täter	609
b. Opfer	610
c. Tatobjekt	611
d. Tathandlung (Handlung)	614
e. Erfolg	615
f. Qualifikationen der Straftat	616
i. Besondere Kategorien personenbezogener Daten als Tatobjekt (Art. 135 Abs. 2 TCK)	616
ii. Qualifikationen aufgrund der Eigenschaft des Täters (Art. 137 Abs. 1 TCK)	617
2. Inneres (subjektives) Merkmal des Tatbestands	618
D. Merkmal der Rechtswidrigkeit	619
1. Bedeutung des Ausdrucks „rechtswidrig“ im Straftatbestand	619
a. Eigene Auffassung zu derartigen Ausdrücken aus Sicht der Straftatlehre	619
b. Eigene Auffassung zu diesen Ausdrücken in Art. 135 und 136 TCK	621
2. Einwilligung des Opfers	624
a. Zeitpunkt, zu dem die Einwilligung vorliegen muss, und Form der Einwilligung	626
b. Öffentlichmachung der personenbezogenen Daten durch die betroffene Person	627
c. Fälle, in denen nach dem KVKK Nr. 6698 für die Verarbeitung personenbezogener Daten keine ausdrückliche Einwilligung erforderlich ist	634
d. Fälle, in denen nach dem KVKK Nr. 6698 für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten keine ausdrückliche Einwilligung erforderlich ist	635
3. Handeln aufgrund gesetzlicher Ermächtigung	636
a. Anwendung der Maßnahme der Durchsuchung und Beschlagnahme in informationstechnischen Systemen nach der türkischen Strafprozessordnung (CMK)	636
b. Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der nachrichtendienstlichen Tätigkeit des Staates	637
c. Auswertung von Signaldaten nach Art. 135 CMK	639
d. Verarbeitung von Gesundheitsdaten als besonderer Kategorie personenbezogener Daten	644
4. Das Problem der Aufzeichnung von Angaben über die politischen, weltanschaulichen oder religiösen Anschauungen und die rassische Herkunft von Personen	645
5. Das Problem des Verbleibs personenbezogener Daten in informationstechnischen Systemen, die Beschäftigten im öffentlichen und im privaten Sektor überlassen wurden	646
6. Keine Strafbarkeit allein wegen Verstoßes gegen die Pflichten nach dem KVKK	646
E. Besondere Erscheinungsformen der Straftat	647
1. Versuch	647
2. Beteiligung	648
3. Konkurrenzen	648
F. Sanktion, Ermittlungsverfahren und gerichtliches Verfahren	652
II. DIE STRAFTAT DER WEITERGABE ODER ERLANGUNG PERSONENBEZOGENER DATEN (ART. 136)	652
A. Allgemeines	652
B. Das durch die Straftat geschützte Rechtsgut	652
C. Tatbestandsmäßigkeit	653

1.	Äußere (objektive) Merkmale des Tatbestands	653
a.	Täter	653
b.	Opfer	653
c.	Tatobjekt	654
d.	Tathandlung (Handlung)	655
i.	Weitergabe personenbezogener Daten an einen anderen	661
ii.	Verbreitung personenbezogener Daten	663
iii.	Erlangung personenbezogener Daten	664
e.	Erfolg	665
2.	Inneres (subjektives) Merkmal des Tatbestands	666
3.	Qualifikationen der Straftat	671
D.	Merkmal der Rechtswidrigkeit	673
E.	Besondere Erscheinungsformen der Straftat	675
1.	Versuch	675
2.	Beteiligung	676
3.	Konkurrenzen	676
F.	Sanktion, Ermittlungsverfahren und gerichtliches Verfahren	681
III.	DIE STRAFTAT DER NICHTVERNICHTUNG PERSONENBEZOGENER DATEN (ART. 138)	681
A.	Allgemeines	681
B.	Das durch die Straftat geschützte Rechtsgut	681
C.	Tatbestandsmäßigkeit	682
1.	Äußere (objektive) Merkmale der Straftat	682
a.	Täter	682
b.	Opfer	684
c.	Tatobjekt	685
d.	Tathandlung (Handlung)	685
i.	Verpflichtung des Täters und Verstreichenlassen der Frist	685
ii.	Nichtvernichtung der Daten	686
e.	Qualifikation der Straftat	687
2.	Inneres (subjektives) Merkmal der Straftat	689
D.	Merkmal der Rechtswidrigkeit	689
E.	Besondere Erscheinungsformen der Straftat	690
1.	Versuch	690
2.	Beteiligung	690
3.	Konkurrenzen	690
F.	Sanktion, Ermittlungsverfahren und gerichtliches Verfahren	691
IV.	DIE IN ART. 17 ABS. 2 DES KVKK NR. 6698 GEREGLTE STRAFTAT DER NICHTLÖSCHUNG ODER NICHTANONYMISIERUNG PERSONENBEZOGENER DATEN	692
§ 18.	IM KVKK GEREGLTE VERWALTUNGSRECHTLICHE SANKTIONEN ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN	693
I.	ALLGEMEINES	693
II.	IM KVKK GEREGLTE VERWALTUNGSRECHTLICHE SANKTIONEN	694
§ 19.	EIGENE WÜRDIGUNG UND AUFFASSUNGEN ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH STRAF- UND ORDNUNGSWIDRIGKEITENNORMEN	696

§ 20. DER COMPLIANCE-PROZESS NACH DEN RECHTSVORSCHRIFTEN ZUM SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN	701
I. ALLGEMEINES	701
II. BEDARF AN COMPLIANCE-PROZESSEN UND GESETZLICHE GRUNDLAGE	702
III. DER COMPLIANCE-PROZESS	707
A. Erstellung und Umsetzung der Compliance-Strategie	707
B. Auftaktbesprechung (Kick-off)	707
C. Erstellung des Inventars personenbezogener Daten	707
D. Gap-Analyse	710
E. Compliance-Beratung	711
1. Erstellung der KVKK-Richtlinie	711
2. Datenschutzbeauftragter/Datenschutzkomitee	711
3. Fertigstellung des Inventars und Eintragung in VERBİS	715
4. Regelungen zur ausdrücklichen Einwilligung	716
5. Fragen der Informationspflicht	716
6. Aktualisierung der Datenschutz-Verpflichtungserklärungen und der Verträge	717
7. Übermittlung ins Ausland	718
8. Durchführung der Datenminimierung und der Datenbeseitigung	719
9. Festlegung der zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen	720
10. Erstellung und Aktualisierung der KVKK-Richtlinien und -Verfahren	720
F. Datenschutzberatung nach Abschluss des Compliance-Prozesses	727
IV. DATENSCHUTZSCHULUNG UND SENSIBILISIERUNG	728
V. ÜBERPRÜFUNG	731
VI. WÜRDIGUNG UND EIGENE AUFFASSUNG	732
Literaturverzeichnis	735
Sachverzeichnis	749

Dieses Dokument ist das aus dem Türkischen übersetzte Inhaltsverzeichnis des Buches; die Seitenzahlen beziehen sich auf das gedruckte Buch. Seite des Buches: www.dulger.av.tr/de/publikationen/kisisel-verilerin-korunmasi-hukuku/